

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918  
16 (1902)**

49 (27.2.1902)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-309362](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-309362)

# Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes. Nebst der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis pro Monat inkl. Fringsen 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; woch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 5506), vierteljährlich 2,25 Mk., für 2 Monate 1,50 Mk., monatlich 76 Pf., inkl. Gehaltgeld.

Redaktion und Expedition:  
Sant, Neue Wilhelmshavener Straße 82.  
Telephon-Anschluß Nr. 58.

Interate werden die fünfspaltige Corpussätze oder deren Raum mit 10 Pf. berechnet; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. — Inserate für die laufende Nummer müssen bis 11 Uhr Vormittags in der Expeditions- oder in Bahndenberg-Wachabteilung (Kasse-Zeitungs- und Briefkastenstraße) aufgegeben sein. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 49.

Sant, Donnerstag den 27. Februar 1902.

16. Jahrgang.

## Rohleisensyndikat contra Eisenindustrie.

Worüber eigentlich ein Zweifel kaum bestehen konnte, nämlich, daß der Staat gar nicht beabsichtigt, die Monopolstellung des Rohleisensyndikats zu erschüttern, das hat ja nun Herr Müller, Handelsminister von Zentralverbandes Gnaden, im Abgeordnetenhaus jetzt ausgesprochen. Das geschah nicht zur Verhöhnung der Syndikatsmitglieder, diese fühlten durch die Erörterungen des Fiskus in Rede vor sich durchaus nicht verletzt, sie wissen, von dieser Seite ist nichts zu befürchten. Die Erklärung Müllers, welche auf eine unbeschränkte Lobpreisung des Syndikats hinausläuft, hat aber die Wirkung, eine vorhandene falsche Vorstellung noch zu stärken — im Interesse des Syndikats. Die Aufhebung des Abhängigkeitsverhältnisses der großen Eisenwerke vom Rohleisensyndikat, — indem die Werke selbst Eruben erwerben, — soll, ebenso wie die Erwerbungen des Fiskus, auf die Preisgestaltung einwirken. Das ist schon richtig, aber genau in der entgegengesetzten Richtung, als wie man glauben machen will. Gerade dadurch, daß die großen Eisenwerke vom Syndikat sich unabhängig stellen, scheiden sie nicht nur aus der Gruppe derjenigen aus, welche an niedrigen Syndikatspreisen ein Interesse haben, sie treten mit ihren Interessen auf die Seite des Syndikats, je höher der Rohleisensyndikat, desto besser für die Konkurrenzfähigkeit und die Geschäftsergebnisse der Werke. Die Geschäftslagen sind die kleinen Konsumenten, besonders die kleineren Eisenwerke, welche zum Bezug der besseren Syndikatskisten gezwungen sind. Wie wenig das Rohleisensyndikat durch die Erwerbungen der großen Eisenwerke in seiner Monopolstellung erschüttert wurde, mag folgende Zusammenstellung belegen. Es betrug die Rohleisensyndikat

Jahr	Rohleisensyndikat		Eisenindustrie	
	Zahl	Umsatz	Zahl	Umsatz
1891	67 528 015	37 478 579	—	—
1892	65 442 558	36 999 549	—	—
1893	67 657 844	38 702 999	33 539 230	40 57
1894	70 663 979	40 784 027	35 044 225	49 51
1895	72 621 559	41 734 027	35 347 730	48 67
1896	78 993 055	45 008 660	39 916 112	49 28
1897	84 253 393	48 510 899	42 195 352	50 08
1898	89 575 528	51 306 294	44 865 336	50 09
1899	94 749 829	53 072 422	48 024 014	50 69
1900	100 976 014	60 119 400	52 080 898	51 07
1901	100 919 411	58 164 745	50 411 926	50 00

Die Hälfte der gesamten Produktion Preussens beherstet das Rohleisensyndikat. Die Preissteigerung ist allerdings im letzten Jahre gegen die Vorjahre etwas gesunken, das Ansehen aber seine Erklärung in der Krise und zum Teil in der härteren Produktion der nicht syndikatisierten Werke, welche, wie z. B. die Werke „Krupp“, wegen der Spezialität der von ihr gefertigten Rohle, auch jetzt zur Zeit der härtesten Krise, mit Hochdruck arbeiten können. Jedenfalls ist die Minderung der Preissteigerung so unbedeutend und so wenig durch das Unabhängigmachen einzelner Eisenwerke beeinflusst, daß von einer Erschütterung der Monopolstellung, oder von einer Preisbeeinträchtigung durch diesen Faktor, gar keine Rede sein kann, selbst dann nicht, wenn dieser Faktor die Tendenz des Preisrückgangs hätte, was aber, wie man noch sehen wird, durchaus nicht der Fall ist.

Die unabhängigen Werke, die ihren Verbrauch aus eigenen Eruben decken, erproben nicht nur den Unternehmensgewinn, den sonst die Rohleisensyndikatsmitglieder einbringen, sie finden auch den Werken gegenüber, die vom Syndikat beziehen, die die hohen Preise zahlen müssen, in demselben Verhältnis, wie für jene die Einkaufspreise mit ihren Rohleisensyndikatpreisen differieren, Konkurrenzfähiger, können bei unglücklicher Konjunktur um diese Differenz bei gleichem Gewinnergebnis den Preis der Produkte herabsetzen, die Konkurrenz der kleineren vollständig lösen lassen, während sie, wenn auf dem Warenmarkt Nachfragen nicht hinter Angebot zurückbleibt, bei gleichem Verkaufspreise, gegenüber den Werken, welche Rohleisen kaufen müssen, die Preisdifferenz zwischen Selbstkosten und Syndikatspreisen als Gewinnsprozent einstreichen. Der angeführte preisbildende Faktor entzupft sich bei näherer Betrachtung als Versäumnisinstrument für die kleineren industriellen Unternehmen. Daher

erklärt es sich auch, daß diejenigen Organe, durch welche die interessierten Werke Meinung machen, das Lob des Rohleisensyndikats singen, wie z. B. die Handelskammern in Dortmund, Bochum und Essen. In diesen Handelskammern dominieren diejenigen Eisenwerke, welche ein Interesse an hohen Syndikatspreisen haben, den Rohleisensyndikatsmitgliedern, und da diese es wirklich ein Wunder, wenn die Handelskammern nicht die Liebesgattung von dem wohlthätigen Wirken des Syndikats gewonnen hätten.

Die wohlthätige Wirkung ist in die Augen springend bei den Werken mit eigenen Rohleiseneruben. Während die übrigen Werke im vergangenen Jahre zum Teil sogar sehr unglücklich abgeschlossen, haben Hülshorst, Düren, Lützen, Rheinm., Gewerkschaft Deutscher Kaiser Bruchhausen, Bochumer Verein, Bochum und Krupp, wie auch Gebr. Stumm, Neunkirchen ganz gute Resultate erzielt, theilweise noch weit über die Ergebnisse der Vorjahre hinausgegangen. Warum sollten diese Unternehmen die Syndikatspreispolitik verurtheilen oder hindern, wenn durch diese ihre eigenen Geschäftsergebnisse günstig beeinflusst werden?

Verdächtig ist nur, daß das kleinere Unternehmen, die reinen Eisenerwerke, die Klein- und Maschinenindustrie, nicht energischer gegen die ruinöse Syndikatspolitik auftritt! Jedenfalls haben dieselben die Gefahr, welche in der geschilderten Entlohnung für ihre eigene Konkurrenzfähigkeit liegt, noch gar nicht erkannt. Daß durch die Bergwerkserwerbungen des Fiskus diese Gefahr auch nur in etwas befristet wird, wird man nun auch in jenen Kreisen wohl nicht mehr glauben. Zunächst verdrängt die Regierung es sich nicht gern mit den Königen der Industrie, und dann hat der Fiskus als Rohleisensyndikat ja auch ein Interesse an hohen Preisen und hat als Preisübernehmer noch niemals Vorbehalten zu ernten versucht. Dabei ist das Rohleisensyndikat auf dem besten Wege, seine Macht noch zu vergrößern. Die Verkäufe, das Coalsyndikat und auch die Triquetraerwerbungen zum Rohleisensyndikat — angulieren haben, so viel ich jetzt schon sicher, wenigstens in Bezug auf das Coalsyndikat Aussicht auf vollen Erfolg.

Interessant ist, wie einige Dampfmaschinen ihren Vorteil wahrzunehmen wissen. Einige derselben sind nämlich als Rohleisensyndikatsmitglieder und Großgewerke und Mitglieder des Rohleisensyndikats an sehr hohen Rohleisenspreisen interessiert, gleichzeitig sind dieselben Leute aber auch Aktionäre und Aufsichtsräte eines Eisenwerkes, das sich durch Erwerb eigener Eruben vom Syndikat unabhängig machte — Bochumer Verein, Bochum. Als Eisenindustrielle und Rohleisensyndikatsmitglieder sind diese sich den Vorteilen billiger Rohleisen, können daher wohlfeiler produzieren als die Konkurrenz, die von ihnen als Rohleisensyndikatsmitglieder abhängig ist. Durch Vertheuerung der Rohleisen mittels des Syndikats erleichtern sie sich den Konkurrenzkampf als Eisenindustrielle.

Diese Verhältnisse erklären zur Genüge, weshalb aus industriellen Kreisen heraus die „wohlthätige Wirkung“ der Syndikatspolitik offen ausgesprochen und anerkannt wird. Die Leute sind sich treu in dem „Schutz der deutschen Volkswirtschaft“ und „nationaler Interessen“, so wie es ihr Geldbeutel erheißt.

### Politische Rundschau.

Im preussischen Abgeordnetenhaus dauert die Beratung über den Etat des Ministeriums des Innern fort. Herr v. Hammerstein hat seinen Gehalt noch nicht bewilligt bekommen. Am Dienstag gab es zwar eine Votumabgabe und kam es zu einem lebhaften Redekampf zwischen einigen politischen Abgeordneten und dem Minister, der behauptete, daß die Polen nur nach der Kostrechnung von Preußen trachteten. Selbst Napoleon I., der, sagte er geschmeichelt bins, nicht nur für die Polen, sondern noch mehr für die Polinnen geschmeichelt habe, habe für die Selbständigmachung Polens nicht einen Finger gerührt. Interessant sind die Verhandlungen ist noch, daß der Abg. Rich. Rammes das Zentrum eine einschiedene Abgabe an den Bund der Landwirthe in einer Politik gegen Diebstahl haben, der von einer Agitationstour aus Rheinland nach Berlin gesteuert kam, richtete. Schließlich gab es noch eine langweilige Abstimmungsberatung

zwischen den antiagrarischen Nationalliberalen und den Konfessionellen. Dabei polemisierte der Abg. von Heßling gegen Richter wegen des Falles Kaufmann, ohne natürlich dessen Rede abzuschwächen.

Die Zolltarif-Kommission hat am Dienstag wieder getagt. Der Volksparteiler Bräse, ein Landwirt, sprach in längerer Rede gegen die Getreidezölle. Die Agrarier, die auch von den sachlichsten Einwendungen gegen die Zölle nichts hören wollen, werden natürlich recht ungeduldig ob der langen Rede der Mitglieder der Opposition. Der Vorländer Reich, ein ganz verdienstvoller Agrarier, machte wiederholt Versuche, den Redner zu unterbrechen, sich kürzer zu fassen. Natürlich ließ sich der Abg. Bräse nicht unterbrechen. Nach ihm sprach der bayrische Bauernführer Dr. Heim für die Zölle, vornehmlich für den Getreidezoll. Ohne den Getreidezoll sei für ihn und seine Freunde der Zolltarif wertlos. Er zitierte den Grafen Bismarck, der glücklicherweise nie alle Geister nicht zu kommen und nicht zu helfen vermag. Und es ist doch sehr fraglich, ob Rammes „Eisenritter“ es gewagt hätte, die unverschämten Forderungen der Agrarier zu acceptieren. So scham war er auch, daß Deutschland im Interesse seiner Finanzwirtschaft Handel und Industrie, die Grenzen, welche die goldenen Eier legen, nicht schließen kann. Eigen Heim redete der bayrische Bundesrathspräsident Geiger. Auch die bayrische Regierung lehnt nach diesen Ausführungen den Kompromißantrag entschieden ab. Bayern lege großes Gewicht auf Handelsverträge mit Oesterreich und Rußland, die aber unmöglich zu bekommen seien mit hohen Zölleinsparungen. Getreidezölle schädigen auch die Bauern und die Viehzucht. Auch sei die Lage des Getreidebaues in Bayern eine wesentlich bessere als die des Brodfruchtbaues. Nach ihm vertheiligte der preussische Landwirtschaftsminister v. Pöhlitz, von dem die Agrarier erwarteten, er werde ihre Forderungen im Bundesrathe und beim Kaiser vertreten, die Regierungsvorlage. Er erklärte, der Tarifentwurf enthalte das, was er als Vertreter der landwirtschaftlichen Interessen für möglich und durchführbar halte. Daneben stellte er auch noch die Behauptung auf, daß das Ausland den Zoll begehle. Als ihm entgegengehalten wurde, daß in den Motiven das Gegenteil stehe, zog er sich auf die Hälfte zurück. Der Abg. Fischel wies ihm nach, daß auch nicht einmal die Hälfte des Jolles vom Ausland getragen werde. Fischel promovierte noch einmal eine Erklärung der Vertreter der Reichsregierung zu dem Kompromißantrag, indem er darauf hinwies, daß in den Konfessionen und agrarischen Blättern immer noch die Hoffnung ausgesprochen werde, die Regierung werde den agrarischen Wünschen nachgeben. Den Abgeordneten v. Wangenheim, der gedroht hatte, die Agrarier würden wieder zum Freihandel übergehen, wenn der Kompromißantrag nicht von der Regierung acceptirt werden sollte, nahm Fischel beim Wort und erklärte, er sei mit seiner Unterthänigkeit bereit, den freistimmigen Cornzialentwurf auf Beibehaltung der bestehenden Zölle zurückzugeben. Namens der Reichsregierung erklärte der Schatzsekretär Frhr. von Tieleman, daß die verhandelten Regierungen darin einig seien, daß jeder einzelne Satz in Bezug auf die Getreidezölle das Keuzerke sei, bis zu dem sie gegen könnten. Abg. Camp wollte trotzdem immer noch nicht glauben, daß das das letzte Wort der Regierung sei. Der nationalliberale Agrarier Sieg meinte billig und spöttisch mit dieser Erklärung werde Frhr. von Tieleman seine Popularität bei den Landwirthen mächtig steigern. Zur Abstimmung kommt es vorläufig noch nicht. Man nimmt an, daß diese Rede noch immer lauthalber die Getreidezölle gerichtet wird.

### Ueber den verstorbenen v. Boeckhe und Graf Hofadomsky

weil die „Wolff. Ztg.“ folgenden bescheidene Geschichten zu erzählen: Als im Reichstag zuerst die bekannte Angelegenheit der 12 000 Mk. zur Sprache kam, suchte v. Boeckhe den Grafen Hofadomsky auf, um ihn zu fragen, weshalb er ihn nicht vertheidigt habe, da doch alles, was er gethan, nur auf Anweisung seines Vorgesetzten geschah. „Weshalb?“ erwiderte Graf Hofadomsky, „dann hätte ich ja gehen müssen.“ So hat Herr Boeckhe selbst seinen Freunden berichtet.

Eine halbbrüderliche Redezeit wünscht die „Rheinische Zeitung“ für die Reichstagsabgeordneten. Wenn die halbe Stunde darüber wäre, müßte das Haus befragt werden, ob es den Redner weiter hören wollte. — In Köln herrscht, wie man sieht, immer noch Karneval. Aber ein Freund der der „Rheinischen Zeitung“ so nachsichenden Herren Bismarck und Bismarck war es nicht, der dem Blatt den Spass einblies; denn gerade die nationalliberalen Redner verstehen es, in möglichst viel Worten möglichst wenig zu sagen.

Das Gekelne des Defizits geht in Deutschland um. Aus fast allen Einzelheiten erdacht die Frage, daß die steigenden Anforderungen des Reichs die Finanzen erschüttert haben. Aus dem Großherzogthum Sachsen-Weimar, J. G. wird dem „Vorwärts“ geschrieben: „Und wenn wir nur 25 000 Mark zu den besten Zwecken aus der Staatskasse nehmen wollen, so geht das nicht, denn sie sind nicht da.“ Dieses Jugendschicksal mache in der letzten Landtagsitzung die Regierung bei der Vorlage, den Rednern eine Entschädigung für geleistete Kirchendienste auszubilligen. Der Chef des Finanzdepartements stellte, wenn der Reichstag keine neue Anleihe bewilligte, die eintausendfünfzig vorzugesetzten Anleiheausgaben des Großherzogthums für Materialaufträge und Aufschlag zu demselben auf über 300 000 Mk. pro Jahr fest. Der Abg. Baubert betonte, daß diese Aufführung eine Bankrotterklärung der Großmacht- und Weltmachtspolitik bedeute, für die zur Zeit sonderbare Schwärmer, mit dem Hochbildehalten im Lande herumziehend, Propaganda machen. — Auch Preßen hat mit dem Defizit zu kämpfen und wird sich zu neuen Steuern entschließen müssen. Im Landtag gab der Finanzminister Schmalz ein ausführliches Bild der finanziellen Lage des Staates, die sich inzwischen noch verschlechtert habe, da ein noch größerer Anfall bei den Einnahmen aus den Fortsetzungen zu erwarten sei. Die Ministerträge dürfen hier auf 615 000 Mk. zu veranschlagen sein. Auch sei außerdem noch der Anfall bei den Einnahmehinnehmungen in Betracht zu ziehen. Besonders wichtig für die Behandlung des gegenwärtigen Budgets sei der Anfall auf das Budget für 1903/4. Selbst wenn nämlich die Einnahmesträge auf die Höhe sich steigern würden, selbst wenn die Verluste von Reich wieder größer würden, was aber nach den Mittheilungen des Reichsschatzmeisters über das Reichsdefizit nicht zu erwarten sei, würde immer noch für 1903/4 ein Defizit von 950 000 Mk. zu decken sein, an sich schon mehr als die für das Budget 1902/3 vorgeschlagene Erhöhung der Bewilligungsbeträge. Deshalb sei es durchaus nicht zu empfehlen, den Vermögensverlust aus früheren Jahren noch stärker zur Bilanzierung des Budgets 1903/4 heranzuziehen, und deshalb trete die Regierung nach wie vor für die Erhöhung der Vermögenssteuer ein, schon, weil bei dieser die die Hälfte aller Steuerzahler so wie so unberührt bleibe. Der sozialdemokratische Abgeordnete Ulrich erklärte, daß die Schädigung der Finanzlage des Landes seitens des Finanzministers nicht der Berechtigung entbehre. Daß dieser Satz sei sicherlich nur mit Rücksicht auf die Steuererhebung gemalt. Er trete für progressivere Vermögenssteuer ein, wenn eine Steuererhöhung nicht zu vermeiden sei.

Politische Redner in Preußen und in Bayern. Der Landtag politischer Abgeordneter ist am 22. Februar in der bayrischen Abgeordnetenversammlung zur Sprache gekommen. Nach dem Bericht der offiziellen „Augsb. Abendz.“ äußerte der Minister des Innern Frhr. v. Pfeilsch.: „Was die Anfrage anlangt, ob auch in Bayern etwa ein Mann, welcher wegen politischer Vergehen angeklagt ist, gestellt zum Verhör geführt und wieder in das Gefängnis zurückgebracht werden könne, so kann ich darauf erwidern, daß ich mit keinem Fall denken kann, in welchem eine solche Festhaltung in Bayern jemals hätte geschehen oder auch künftig geschehen könnte.“ Ich glaube also, daß ich die Anfrage dahin beantworten kann, daß eine Festhaltung eines solchen Mannes nie stattfinden wird, ausgenommen, es wäre eine Festhaltung geradezu drohend und in solcher Fall wird ja kaum gegeben sein.“ — Wie gut haben es die bayrischen Presseblätter im Vergleich zu ihren preussischen Kollegen!

Belgien.

Für das allgemeine einfache Wahlrecht hat sich die liberale Vereinigung von Gent erklärt. Es ist dies insofern von Wichtigkeit, als diese Vereinigung zum großen Teil aus Gewerbetreibenden und Kaufleuten besteht. In einigen Tagen soll seitens der Sozialisten, Antiklerikalen, Radikalen und Liberalen in Gent, also im Herzen des Hochfinanzlandes, der Kampf für das allgemeine, gleiche Wahlrecht mit großer Energie begonnen werden.

Regierung und Nationalgarde. Die Regierung ist der Nationalgarde durchaus nicht feind. Bei eventuellen Volksbewegungen kann sie sich auf diese nicht verlassen. Wie der „Peuple“ mitteilt, haben die Romanzen der Nationalgarde strenge Befehle von oben erhalten. In den Insurrectionen wird u. A. angedeutet, daß jeder Gariboldi, welcher zeigen sollte, den Befehlen der Offiziere nachzukommen, der etwa nicht schreien oder in die Luft schreien wollte, sofort in Haft zu nehmen ist.

Frankreich.

Ein sozialistisches Parteiprogramm. Das Generalrat der sozialistischen Partei Frankreichs (Jaurès u. Genossen) veröffentlicht den Entwurf eines Parteiprogramms, der dem Kongress von Tours unterbreitet werden soll. Das Programm zerfällt in 3 Teile, der erste Teil enthält die Prinzipien-Erklärung, im zweiten Teil sind die politischen und im dritten die Monarchischen Forderungen aufgeführt.

Rußland.

Studentenunruhen sind in Kiew ausgebrochen. Der Generalgouverneur hat in Folge dessen eine Bekanntmachung erlassen, in welcher die Bevölkerung der Stadt Kiew aufgefordert wird, es auf strengste zu vermeiden, in den Straßen und auf den Plätzen, auf welchen Versammlungen und Kundgebungen bemerkbar sind, sich aufzuhalten. Für Zusammenhandlungen werden Geld- und Freiheitsstrafen angedroht.

Dänemark.

Der Vertrag über den Verkauf der drei Inseln wurde in dänischer Richtung in dänischem und englischer Hinsicht verwickelt. Auf der Einleitung enthält der Vertrag acht Paragraphen, die die Inseln der Inseln an Dänemark werden durch den Verkauf annulliert. Die Bevölkerung soll die bisherigen Freiheiten genießen, bis andere Bestimmungen getroffen werden, soll aber auch dann in keinem Punkt unangenehm gefühlt werden. Die Vereinigten Staaten zahlen 5 Millionen Dollar in Gold. Uneinigkeit über irgend einen Punkt des Vertrags soll durch das Schiedsgericht im Haag geschlichtet werden. Die Ratifikationen sollen innerhalb 6 Monaten ausgetauscht werden.

Schweden.

Revision des Gesetzes zum Schutz gegen Berufsgefahren. Der Abgeordnete Bergström hatte in der zweiten Kammer einen Antrag zwecks Herabsetzung einer Revision der voranlassenden Arbeitsgesetz Bestimmungen des obengenannten Gesetzes eingebracht. Es handelt sich hierbei auch besonders darum, daß eine Libereinstimmung herbeigeführt wird zwischen dem Berufsgefahren-Gesetz und dem Unfallversicherungs-Gesetz. Diefem letztgenannten, neuen Gesetz sind eine Anzahl Gemeinwesen unterworfen, auf die die Schutzvorschriften keine Anwendung finden. Seit der Revision des Gesetzes über die Frauen- und Kinderarbeit und seit der Einführung der Unfallversicherungs-Gesetz herrscht bei den Fabrikinspektoren und deren vorgelegter Behörde große Unklarheit darüber, welche Betriebe der Inspektion unterstellt sind, welche nicht. Der Antrag Bergströms, der eine Befreiung dieser Betriebe bezweckt, war von der Reichstags-Kommission, die sich mit seiner Prüfung befaßt, verworfen worden und die erste Kammer lehnte ihn ebenfalls ab. In der zweiten Kammer wurde er aber nach lebhafter Debatte mit 109 gegen 93 Stimmen angenommen.

England.

Die Sozialreform der Lords. Ende Oktober vorigen Jahres setzte das Oberhaus eine Untersuchungskommission nieder, die feststellen sollte, ob es anständig sei, einen frühzeitigen Lebensschluß herbeizuführen. Keunig Prozent der vernommenen Auswärtigen sprachen sich dafür aus. Kürzlich beantragte Lord Roxbury — unter diesem Namen ist jetzt der frühere Sir John Lubbock, Bankier, Naturforscher und Schriftsteller bekannt — die zweite Lesung der Bill. Nach einer Debatte, die fast ganz im mancherlei Hinsicht über die Bewegung, wurde die Bill mit 57 gegen 26 Stimmen verworfen. Graf v. Dromy, ein anarcho-socialistischer Aktivist, protestierte im Namen der persönlichen Freiheit gegen die Tyrannie der Majorität und dieser Protest war ausföhrlich gegen eine Bill, die bestimmt war, Hundstullen von jungen Männern und Frauen die 14jährige Reifezeit um etwa zwei Stunden zu verkürzen.

Italien.

Der Kongress der italienischen Sozialisten wird vom 15. September an in Jovola tagen. Schon 1894 sollte der Parteikongress in dieser Stadt abgehalten werden, wurde jedoch von Cetti verboten.

Die politische Situation und die Sozialisten. Die sozialistische Kammerfraktion und der Parteivorstand der sozialistischen Partei traten am

Sonnabend zusammen, um über ihre Haltung in der gegenwärtigen politischen Situation zu beraten. Es kam eine Erklärung zustande, in der es heißt, daß die günstigen Abkündigungen, welche die sozialistische Gruppe im Juni v. J. dem Ministerium Janardelli gegeben, zur Verhinderung der Organisation des Proletariats und der Realisationsfreiheit notwendig waren. Sodann wird festgestellt, daß in der Stellungnahme des Ministeriums gegenüber der Arbeiterfraktion ein Fortschritt zu verzeichnen sei. Dies zeigt sich in den Erklärungen der Regierung zur Eisenbahnerbewegung, ferner in der Unterstützung der Turiner (Kriegs-) Soldaten durch, daß denselben Soldaten an Stelle der Strafen für die Regierung der Frage des Arbeitsamtes im Senat, in der Erklärung obligatorischer Schlichtungsgerichte, die Aufrechterhaltung des Zwangs-Dienstes u. a. m. zeigt, daß die Regierungspolitik nahe liegt, mehr und mehr einen völk- und arbeiter-feindlichen Charakter anzunehmen. Die Stellungnahme der sozialistischen Gruppe wird deshalb eine den veränderten Umständen entsprechende zu sein haben. Der letzte Satz, der von Bissoletti ausgehender Erklärung, in dem es heißt, daß die sozialistische Gruppe eine gemeinsame Aktion mit der ganzen Linken herbeizuführen möge, wurde abgelehnt, erklärte jedoch, daß sie durchaus nicht gegen ein Zusammenwirken mit der äußeren Linken der bürgerlichen Parteien seien, aber sie wünschen, daß die sozialistische Partei eine solche gemeinsame Aktion nur von Fall zu Fall beschließe.

Im Eisenbahnerstreik wird aus Mailand gemeldet: Am Montag fand um Mitternacht eine Versammlung von vielen Tausend Eisenbahner statt. Der Sozialist Turati besprach zur Ruhe; durch die Mobilisierung fanden 120 000 Arbeiter unter Kriegsrecht zur Verfügung der Regierung; der Streik sei gänzlich ausgetilgt. Man beschloß, Gehörjam gegen die Militär Gewalt zu beobachten und den Gnaden anderer Städte davon Mitteilung zu machen.

Spanien.

Die anarcho-socialistischen Nachrichten in Barcelona. Die neuesten Berichte über die Barcelonaer Unruhen bestätigen, was jedem Kenner der dortigen Verhältnisse von vornherein klar war, daß die sozialistische Arbeiterpartei an den Straßenkämpfen sich nicht beteiligte hat, sondern der Generalstreik und die in seinem Geholge vorgekommenen Tumulte von der anarcho-socialistischen Partei inszeniert sind, hinter der wieder gewisse auf die Fortrennung Cataloniens vom übrigen Spanien hinarbeitende Elemente zu finden sind. Obgleich Catalonien zu den industriell entwickeltesten Gebieten Spaniens gehört, hat dort der Sozialismus bisher wenig Terrain zu gewinnen vermocht; so erzielten die in den drei Barcelonaer Wahlkreisen aufgestellten sozialistischen Kandidaten bei den allgemeinen Corteswahlen im vorigen Jahre noch nicht ganz 400 Stimmen, und der sozialistische Gewerkschaftsverband zählte in Barcelona und den Vororten, d. h. in einem Städtelkomplex mit einer halben Million Einwohnern, nach dem letzten Berichte vom Oktober vorigen Jahres nur 7 Sektionen mit 500 Mitgliedern. Die weitest größte Zahl der Barcelonaer Gewerkschaften, darunter auch der Verband der Metallarbeiter, zu dessen Unterthugung der jährliche Generalstreik verhängt wurde, bekennt sich zum Anarchismus, und zwar zu dessen revolutionären, sozialistischen Spielart, die als Universalmittel seit Jahren den Generalstreik predigt, welcher zum Zweck der Erreichung besserer Arbeitsbedingungen als zur „Entkammerung der revolutionären Energie des Volkes“, als deren Wirkung sich, wie man behauptet, von selbst des herrschenden Regimes und seine Ersetzung durch ein freireichliches Regiment ergeben würde. Von dieser Auffassung ausgehend, haben in den letzten Jahren die anarcho-socialistischen Gewerkschaften in verschiedenen spanischen Industriestädten Generalstreiks inszeniert, die nach einigen Strafenturteilen meist dazu führten, daß der Belagerungszustand verhängt wurde und die Militärbehörde mit brutaler Gewalt einschritt, die Streikleiter festnahm und jede Annäherung untersagte, worauf dann, zumal eigenliche Streikfonds fast nie vorhanden waren, nur wenigen Tausen die Arbeiter an ihre Arbeitsplätze zurückkehrten. In Erinnerung ist noch der im vorigen Herbst aus Anlaß des Streiks der Straßenbahn-Angestellten über Barcelona verhängte Generalstreik, der ebenfalls schließlich von der Militärbehörde im Wege erstickt wurde. Die politischen Verhältnisse Barcelonas sind nämlich für denartige Generalstreiks und Aufstände die denkbar günstigsten. Nicht nur hat hier in der Industrie und im Eisenbahnbetrieb die anarcho-socialistische Doktrin weiteste Verbreitung erlangt, sondern Barcelona ist auch zugleich das Hauptquartier der catalonischen Separatisten, welche die Selbstständigkeit Cataloniens erstreben, der Karlisten und des internationalen Kerfaktismus, und diese Elemente ist es nur gar zu gern, wenn der unfähigen Regierung in Madrid Schwierigkeiten bereitet werden und der Haß des Volkes gegen sie neue Nahrung erhält. Diese Elemente, speziell die anarcho-socialisten, stehen hinter den Unruhen in Barcelona; die sozialistische Arbeiterpartei hat damit nichts zu schaffen. Im Gegenteil, sie führt seit Langem einen enghen

Kampf gegen die anarcho-socialistische Doktrin, bald hier, bald dort die Arbeiter in einen totalen Generalstreik zu treiben, dessen Ergebnis schließlich nichts anderes ist, als die Erschließung und Entfaltung von so und so vielen der Hauptbetrieblagen und die Wiederannahme der Arbeit seitens der Arbeiter zu weit unangünstigeren Bedingungen, als sie vor dem Streik vorhanden waren. Noch in seiner letzten Nummer wendet sich vor Madrid die Parteiorgan „El Socialista“, nachdem es das Vorgehen der Behörden gerügt hat, wieder mit folgenden Worten gegen die Generalstreik-Manie: „Jeder Generalstreik kann unter den heutigen Verhältnissen kein anderes Ergebnis haben, als den Tod einiger Arbeiter, die Entfaltung anderer und die Entziehung von Freiheiten, der die Arbeiter so nötig bedürfen, um sich organisieren und an ihrer Bildung arbeiten zu können, und um sich jene Kenntnisse der Ideen zu erwerben, die ihre Emancipation betreffen.“ Und in einem anderen „Auxiliares de la burguesia“ (die Hilstruppen der Bourgeoisie) betitelten Artikel wird den Anarchisten indirekte Unterstützung des Unternehmertums vorgeworfen und es als gewissenlos bezeichnet, Arbeiter, nur um Tumulte zu provozieren, zu ausfallslosen Streiks zu veranlassen, ohne vorher für die Anlegung von Streikfonds zu sorgen.

Amerika.

Einem Rangel an weltmännlicher Bildung und feinerem Gefühl scheint entschieden der Präsident der Vereinigten Staaten zu besitzen. Das an den Völkern Heinrich gerichtete Telegramm trug nämlich folgenden Wortlaut: Weißes Haus, 22. Februar.

Brig. Heinrich von Preußen an Bord der „Hohenzollern“ New York City.

Ich nehme Ihren so herzlichen Gruß bei Ihrer glücklichen Ankunft an und danke Ihnen für die Botschaft im Namen des amerikanischen Volkes. Ich werde Sie sehen und freue mich darauf, morgen mit Ihnen persönlich zusammenzutreffen. Theodore Roosevelt.

Ein Empfangstelegramm an Herrn Müller, Rätebänder in Vösemudel, könnte genau so ähnlich klingen sein. Armer Roosevelt, wie wird man Dich wegen dieser „Gleichheitsregel“ abfangen!

Afrika.

Der Südafrikanischen Kriegskampagne liegt nur der Blutsaugerapparat des Lord Ritchie vor, nach welchem 24 Buren getötet, 12 verwundet und 379 Buren gefangen genommen worden sind.

In London war am Dienstag das Gerücht verbreitet, daß General Botha und Milner in Südafrika eine Zusammenkunft zur Erörterung der Frage des Friedensschlusses hätten. Eine Befestigung dieser Meldung bleibt natürlich abzumarten.

Cromjes Gattin, die ihren Gemahl in die Gefangenschaft nach St. Helena begleitet hat, ist, wie aus London gemeldet wird, so schwer erkrankt, daß ihr Ableben stündlich erwartet wird.

Die Verhandlungen mit der englischen Regierung betreffen der beabsichtigten Sendungen des Barenhilfskomitees an die Konzentrationslager in Südafrika sind zwar noch nicht abgeschlossen, jedoch ist nach Meldung eines Berliner Blattes zugestanden worden, daß die Verteilung der Gaben im Einzelhändlichen mit den in den Lagern wirkenden bürdischen Pastoren zu erfolgen habe.

Parteinachrichten.

Parteiliteratur. Der „Vorwärts“ schreibt: Auf zahlreiche an sie gerichtete Anfragen stellt die Buchhandlung Vorwärts mit, daß die diesjährige „Wärz-Zeitung“ unter dem Titel „Cher-Zeitung“ als reich illustrierte Festschmuck erschienen und neben dem Gedanken der Aufrichtung der Republik der Propaganda gegen den Militarismus für den Völkereifer dienen soll. Um etwaigen Konstitutionsgegnern der Polizei nicht allzuviel Opfer spenden zu müssen, bittet die Buchhandlung Vorwärts um frühzeitige Aufgabe der Bestellungen bis spätestens 1. März.

Aus Stadt und Land.

Wien, 26. Februar.

Bergung von Arbeitern für das Amtsgerichtsgebäude. Der Bauleiter Baurat Jozsef macht bekannt: Die Terrazzoarbeiten für das Amtsgerichtsgebäude in Bant, Dienstwohnungen und Schließerei selbst, die Tischler-, Schlosser- und Klempnerarbeiten für die Dienstwohnungen beläuft 1000000 vergeben werden. Die Zeichnungen, Bestimmung und Bedingungen liegen auf dem Bureau des Unterzeichneten, Ziegelhofstraße 58 in Oldenburg, und auf dem Bau-bureau in Bant zur Einsicht aus, die Bestimmungsaussage und speziellen Bedingungen können auch gegen Erstattung der Kopialien auf beiden Bureauen in Empfang genommen werden. Die Offerten sind bis zum 7. März, Vormittags 11 Uhr, im Bau-bureau zu Bant abzugeben. Nachher eingehende Offerten bleiben unberücksichtigt.

Eine Zahlung der schulpflichtig werdenden taubstummen Kinder wird alsbald im ganzen Reich vorgenommen. Die Zahlung ist gleichzeitig mit der Anmeldung der übrigen schulpflichtig werdenden Kinder verbunden.

Einen öffentlichen Vortrag über Feuerbestattung wird demnächst Herr Lehrer Zegl-

merger hier selbst halten. Derselbe ist Mitglied zweier Feuerbestattungsgesellschaften. Der Vortrag wird erlautet an einem der Peter hohen Wobell eines modernen Krematoriums. Weiter werden auch noch andere Abbildungen von Krematoriumen, ferner Urnen und Ringe Sammelkisten gezeigt. Da über die Feuerbestattung auch hier noch sehr irrige Ansichten bestehen, so hat sich Herr Zeglmerger auf meiste Aufklärung hin bereit erklärt, einen diesbezüglichen Vortrag zu halten. Derselbe wird wahrscheinlich in nächster Woche stattfinden.

Postalisches. Im Schalterraum der hiesigen Post wird durch Aushang bekannt gegeben, daß eine hier im August v. J. ausgesandene nach Wilhelmshaven bestimmte Postanweisung Nr. 552 über 8,30 Mk. als unbestellbar zurückgekommen ist.

Neue Postverträge mit der Aufschrift „Deutsches Reich“ werden für das Reichspostgebiet vom 1. April ab eingeführt. Mit dem Verkauf wird am 20. März begonnen; jedoch sind die neuen Postverträge nicht vor dem 1. April zur Frankung gültig. Die für das Reichspostgebiet ausgesendeten Postverträge mit der Aufschrift „Reichspost“ werden mit Ende März außer Kurs gesetzt; sie dürfen daher nach dem 31. März nicht mehr zur Frankung von Postsendungen oder Telegrammen benutzt werden. Vom 20. März ab Ende Juni 1902 werden bei den Reichspostanstalten die unbenutzten bleibenden Postverträge des Reichspostgebietes gegen neue Marken eingetauscht. Die Erneuerung muß sich befandlich notwendig wegen des Vertrags vom 22. Februar.

Mit Freunden begrüßen werden es gewiß die Vereine und Mitglieder, welche in der „Reichspost“ den Projekt schwebt, die „Reichspost“ durch Darunterstützung zu erweitern, ferner auch die Bemerkungen an der „Reichspost“ vorzunehmen. Sie halten dies für geradezu unumgänglich nötig, wenn das Einfließen sich dauernd rentieren soll. Lieber die ungenügende Wärme in diesem Hause ist schon von jeher geflagt worden. Trotzdem das beste Ofenmaterial vorhanden war, ließ sich keine genügende Wärme erzielen, weil die Bauart des Gebäudes dies verhinerte. Weiter müßte die bestehende Wand dann an die Entlastung und die Bedienung, sowie an die Defekation gelegt werden, was, wie uns gemeldet wird, auch geschehen soll. Das Projekt geht aber vor allem darauf hinaus, das mit der „Reichspost“ verbundene Zentralheizwerk der Gewerkschaft zu verbessern, indem an Stelle des alten Gebäudes, in dem sich die Zentralheizwerke befinden, ein Neubau errichtet wird, in welchem eine Hebräge nach modernem Stil eingerichtet werden soll. In betriebligen Kreisen dürfte gewiß alleing der Wunsch vorhanden sein, daß dies Projekt in Erfüllung gehen möge.

Wilhelmshaven, 26. Februar.

Die Wilhelmshavener Kleinbrauerei hat gestern ihre Generalversammlung abgehalten. Die Bierproduktion war etwas höher wie im vorigen Jahre und betrug 24 478 Hektoliter, der Urtog gemittelt 96 231,64 Mk., moxon 42 218 Mk. abgezinsten werden müßten. Dem Referensrat wurden 3000 Mk. zugestimmt und dem Aufsichtsrath für seine Vermählungen 2655,75 Mk. zugestimmt. Für die Dividendenverteilung verbleiben darnach noch 48 000 Mk. = 6 Prozent, gegen 8 Prozent im Vorjahr und 12 Prozent im ersten Jahr. Der Rest von 357,02 Mk. aus dem Bruttogewinn wurde einer Anzahl Vereinen in kleinen Beträgen von 30 bis 60 Mk. übermiesen. Darunter befinden sich die Frauenerneuerung von Wilhelmshaven und Bant sowie die Fortbildungsschule in Hoppens. Weiter Teil des Gewinnes aus der Druckerei und dem Zeitungsvorlage gestiftet ist, darüber läßt unser Gewährsmann uns leider im Dunkeln. In den Aufsichtsrath wurden die Herren Klappmann und Landwirth J. Müller-Neubende wiedergewählt. Darnach ist anzunehmen, daß dieser neuherrliche Agrarier das „bunte“ Erbe von seinem Vater in einem „glücklichen“ industriellen Unternehmen angelegt hat und wäre nicht zu verwundern, wenn bei passender Gelegenheit die obdenkbar Bauernänderung in dergleichen Klagen ausbrechen werden, daß sie ihr Vermögen in der Jubelrie unterbringen müssen, sollen sie vor dem Regen am Hungertode bewahrt bleiben. Hoffentlich reicht der Einfluß des agrarischen Ausschusses Hirsch Müller nicht so weit wie derjenige des Herrn Klappmann, sonst könnte eines Tages die „Wilhelmshavener Zeitung“ bald agrarisch und halb freihändlerisch erscheinen, aber mindestens der Agrarier Müller den Herrschaft vertheiligen und der Bauernaktionäre Müller den Herrschaft bekämpfen. Als Referenten wurden sodann wiedergewählt die Herren Hirsch, Hirsch und Kben.

Der fährliche Dampfer „Edwards“ hat nach einer Bekanntmachung des Magistrats seine Fahrtzen wieder aufgenommen.

Das berühmte Schiller'sche Bauernbrot wird auch in den Mauern Wilhelmshavens einige Schritte geben. Die Weißbrot ist 30 Personen stark. Morgen gelangt das Vollkorn mit Gefang und Tang „Jägerbrot“ zur Aufführung. Schupplatter, Schmalohausen und Hühnerorträge sind hiermit verbunden. Weiter finden die Vorstellungen gegen lebenswerten Gesellschaft in „Burg Hohenzollern“ statt, welcher Saal bekanntlich feinerzig zu Ab-





# Am Mittwoch den 5. März cr., Abends 8 1/2 Uhr: Große öffentliche Versammlung

im „Zivoli“ (Sadewasser) zu Tonndiech.  
Tages-Ordnung: Der gegenwärtige Stand unserer Sozialpolitik und die bürgerlichen Parteien.  
Referent: Herr Paul Göhre aus Berlin. Nachdem Diskussion.  
Jedermann hat Zutritt. Der Einberufer.

## Jede Hausfrau muß wissen,

daß sie nicht nur ihren Familienmitgliedern in gesundheitlicher Beziehung einen großen Dienst erweist, sondern auch noch bedeutende Ersparnisse macht, wenn sie Kathreiners Malzaffee als Zusatz oder als vollkommenen Ersatz des Bohnenkaffees verwendet.

### Bekanntmachung.

Der Auszug aus der Heberolle der Versicherungs-Kassalt der Dannewerkschen Baugewerks-Berufsgenossenschaft pro II. und 4. Quartal 1901 (Berücksichtigung der beschleunigten Beiträge gegen Betriebs-unfall) liegt vom 26. Februar d. J. an auf 14 Tage bei dem Gemeinberechnungs-führer, Kassinator **S. P. Harms** zu Depens, zur Einsicht der Beteiligten öffentlich aus.  
Etwasige Erinnerungen gegen die Vorkommnisse sind binnen obiger Frist bei dem Unterscheideten anzubringen. Depens, den 25. Febr. 1902.  
**Der Gemeindevorsteher.**  
Riben

### Großherzog. Hessische Landes-Lotterie.

Einige erlauchte Lotterie im Großherzog-thum Oldenburg. Lose dazu empfiehlt  
**Theodor Schindler,**  
Alte Wilhelmsh. Straße 20.

### Achtung!

Am Donnerstag den 27. Febr., Abends 9 Uhr:  
**Kohl-Parthie**  
in Sandmeyers Restaurant  
in Bant. Freunde und Bekannte werden hierzu freundlichst eingeladen.  
**L. Sandmeyer,**  
Restaurant, Bant.

### Gesucht

eine bewährte allmählichende Wittve als **Haushälterin** für einen älteren Herrn. Nähere Auskunft ertheilt **S. Platze,**  
Alte Wilhelmsh. Straße 5.

### Gesucht

auf sofort eine **Haushälterin.**  
Nähere Auskunft bei **Gurichs,** Bant, Mittelstraße 33.

### Stabliement Friedrichshof.

Sonntag den 9. März cr.:  
**Dramatischer Musik-Abend**  
unter Mitwirkung hervorragender Solisten:  
Frau **Ritterhoff-Luchs,** Konzertlängerin, Bremen, Fräul. **Jüngling,** Obois-Spielerin, Oldenburg, Herr **Weißbarth,** Tenorist, Bremen. Chor (Sängerinnen u. Sängern) 60 Pers.  
Zur Aufführung gelangen:  
Sjöre aus „Pregiosa“, Nybelle „An min Thol“ usw., ferner das dramatische Blumenmärchen  
**Johannisfeier, mit anschließ. Blumenreigen,**  
ausgeführt von 24 Damen.  
Sylvius lebender Bilder: **Deutsches Leben, deutsches Lied** mit D. Hamann und Chorleitung.  
**Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr Abends.**  
Preise im Vorverkauf: Sperrsitze num. 1 Mk., Saal 60 Pf., Gallerie 40 Pf., an der Kasse: 1,25, 75, 50 Pf.  
Verkaufsstellen: **S. Meyer,** Cigarrenhdlg., Neue Wilh. Straße, **Brandt,** Cigarrenhandlung, Neue Wilh. Straße, **Kreidels** Musikh., **Glückensdorf,** Cigarrenh., Noanstr.  
Mit einem äußerst geliebten Programm glauben wir einem hochgehenden Publikum einen angenehmen Abend zu bieten und bedauern sich zum Besuche desselben ers. einzuladen  
**H. F. Kreidel, Musiklehrer. H. Willmann.**

### Gute Betten

reell und am billigsten bei  
**Georg Aden, Bant.**

### Freiw. Feuerwehr Bant.

Erster Zug.  
Donnerstag den 27. Februar,  
Abends 8 Uhr:  
**Übung i. M.**  
Der Zugführer.

### Husten stillen

die bewährten und feinschmeckenden  
**Kaisers Brust-Caramellen**  
2740. **not. beglaubigte Zeugnisse verbürgen** den sicheren Erfolg bei **Keuchen, Heiserheit, Katarrh u. Ver-schleimung.** Preis Angedenkes weise zurück! **Post 25 Pf.**  
Kübelnagen bei **Richard Lehmann,** Filiale in Bant, **D. A. Daniels** in Bant.

### Verpachtung oder Verkauf.

Das bisher von Herrn **Ferd. Krüger** geführte  
**Brennmaterialien-Geschäft**  
an der Kreuzstraße in Bant soll zum Antritt auf 1. Mal d. J. anderweitig verpachtet oder gegen **geringe Anzahlung** verkauft werden. **Pacht- oder Käufer** wollen sich melden bei **S. Grashorn, Bant.**

### Zu vermieten

zum 1. April eine vierstümmige Ober-wohnung und zum 1. Mal eine drei-stümmige Unterwohnung. **Herrn Harms,** Bant, Beckläng, Bordenstraße 48.

### Todes-Anzeige.

Heute Morgen 9 1/2 Uhr ent-schied sich plötzlich und unerwartet unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter  
**Margarethe Becker**  
geb. **Wagner**  
im 79. Lebensjahre. Dieses bringen tiefbetrübt zur Anzeige im Namen der Angehörigen  
Bant, den 25. Februar 1902  
**Joh. Becker** und Familie.  
**Ern. Becker** u. Familie.  
Die Beerdigung findet Freitag den 28. Februar cr., Nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause, West. Börsenstraße 18, aus statt.

### Todes-Anzeige.

Gestern Abend 9 1/2 Uhr starb an Altersschwäche unsere liebe Mutter und Großmutter

### Trienke de Vries,

geb. **Jaussen**  
im Alter von 69 Jahren, welchen Belust wir allen Verwandten und Bekannten hiermit zur Anzeige bringen.  
Bant, den 26. Februar 1902.  
**Sobias Jochen** nebst Frau und Kindern.  
Die Beerdigung findet Sonn-abend den 1. März, Nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Sterbehause, Wohl-straße 21, aus statt.

### Danksgiving.

Von der letzten Ruhelage unseres lieben Sohnes und Bruders zurück-gelehrt, sagen wir für die Beweise herz-licher Theilnahme uns. innigsten Dank.  
Wilhelmshaven, 26. Febr. 1902.  
**Familie Fieglers.**

### Theater-Variété Colosseum.

Täglich große Spezialitäten-Vorstellung mit ausgefuchtesten Kunstkräften. Anfang  
Wochentags 8 1/2 Uhr. Sonntags Nachmittags 4 und Abends 8 Uhr.  
Inhaber von Bons zahlten Wochentags halbe Preise. Sonntags-Vorverkauf-  
preise: Karten Loge 0,80 Mk., 1. Platz 0,60 Mk., 2. Platz 0,40 Mk. und Gallerie 0,20 Mk. sind im Theaterlokal und im Cigarrengeschäft von **Hans Meyer,** beim Rathhause, zu haben. Nachmittags-Vorstellungen: **Entrée Kinder Saal 20 Pf., Gallerie 10 Pf.**  
Die Direktion.

## M. K A R I E L

Größtes Spezialgeschäft für elegante fertige sowie nach Maß gefertigte Herren- und Knaben-Bekleidung.  
**Großartige Auswahl in Konfirmanden-Anzügen**  
von den einfachsten bis zu den elegantesten.  
Vorzüge meiner Konfektion: **Eleganter Sitz! Feinste Verarbeitung! Enorm billige Preise!**  
6 Neue Wilhelmshavener Straße 6.

Verantwortlicher Redakteur: P. O. Jakob in Bant. Verlag von Paul Dug, in Bant. Druck von Paul Dug u. Co. in Bant. Hierzu eine Beilage.





